

» Resonanzraum der Demokratie – Evangelische Kirche, Werke und Verbände in Zeiten der Polarisierung



Dr. Roger Mielke
M.A.

Referent für Fragen
öffentlicher Verantwortung
der Kirche im Kirchenamt
der EKD in Hannover
roger.mielke@ekd.de

¹ Die weithin zustimmend aufgenommene Analyse von J.-W. Müller (2016) nennt als Kernpunkte populistischer Politikmuster Antipluralismus und Elitenkritik (Was ist Populismus? Berlin, Suhrkamp). Kritisch wiederum betrachtet D. Jörke (2017) die allzu normativen Implikationen dieses Ansatzes (Vom Verdammten zum Verstehenden? in: Neue Politische Literatur 62 (1), S. 71–95).

² Die eindringlichste und düsterste Analyse in Mair, P. (2013): Ruling the void. The hollowing of Western democracy, London.

³ Vgl.: Bukow, S. (2017): Bundestagswahl 2017. Ergebnisse und Analysen. böll. brief DEMOKRATIE & GESELLSCHAFT #5. URL: https://www.boell.de/sites/default/files/boell-brief_bundestagswahl_2017.pdf?dimension1=division_demo. Oder: Neu, V./Pokorny, S. (2017): Bundestagswahl in Deutschland am 24. September 2017. Wahlanalyse. URL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_50152-544-1-30.pdf?180301154334.

⁴ Neu, V./Pokorny S., o. A., S. 14.

⁵ Bukow, S., o. A., S. 17.

⁶ Neu, V./Pokorny S., o. A., S. 15.

⁷ Vgl.: Merkel, W. (2016): Krise der Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 66

I. Krise der Demokratie?

Kein Zweifel: Die demokratische Ordnung steht unter Druck, in Deutschland und darüber hinaus. Die politische Polarisierung greift um sich. Je komplexer die politischen Probleme, Aufgaben und Herausforderungen werden, desto

größer wird die Versuchung, vermeintlich einfachen Lösungsangeboten zu folgen. Populisten von rechts und von links haben Konjunktur.¹ Zurecht fragen daher demokratisch engagierte Bürgerinnen und Bürger und auch die Kirchen und die kirchlichen Werke und Verbände: Was können wir tun, um die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie zu schützen und zu fördern? Allerdings sollten wir, bevor wir fragen, was zu tun ist, die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verhältnisse schärfen und uns fragen: Wie ist der Zustand der Demokratie in unserem Land, wo stehen wir – und was verändert sich gegenwärtig?

Eine Reihe von Phänomenen liegt auf der Hand und fügt sich zu einem Muster: Die erschütternden Bilder aus Chemnitz, wo Ende August 2018 der Unmut „besorgter Bürger“ von Rechtsextremen und Neonazis instrumentalisiert wurde, die Fundamente der Stadtgesellschaft erschütterte und internationale Aufmerksamkeit fand; brennende Flüchtlingsheime, antijüdische Übergriffe und wachsende Kriminalität, ein diffuses Empfinden von Unsicherheit; Gewaltexzesse im Hamburger Schanzenviertel aus Anlass des G7 Gipfels 2017; Auseinandersetzungen um den Braunkohletagebau, die gewaltbereite Extremisten aus ganz Europa anziehen. Diese Phänomene bestimmen – medial aufbereitet und im virtuellen Raum verstärkt – die Wahrnehmungen des politischen Feldes.

Auch aus kühlerem, mehr analytischen Blickwinkel zeigen sich eine Reihe von Indikatoren für Verschiebungen im politischen System, denn nach einer Zeit des allmählichen Niedergangs muss man inzwischen von einer veritablen Krise der Volksparteien sprechen²: Union und SPD erreichten bei den Bundestagswahlen des Jahres 2017 zusammen nur noch 53,4 % der Stimmen, jüngste Umfragen zeigen einen weiter sinkenden Trend. Im Bundestag sind damit, zum ersten Mal seit 1953, sieben Parteien

vertreten. 12,6% Stimmanteil der AfD verdeutlichen die Karriere populistischer Politikmuster. Wahlanalysen³ zeigen, dass ein wesentliches Motiv für die Wahl der AfD „Enttäuschung“ ist: Es existiert eine bemerkenswerte Diskrepanz zwischen einer im Ganzen stabilen wirtschaftlichen Zufriedenheit der Befragten und einer erheblichen politischen Unzufriedenheit. Dies deutet auf einen höheren Einfluss kultureller, sozialer, emotionaler Faktoren gegenüber wirtschaftlicher Determinanten, keineswegs wählen nur die viel beschworenen „Abgehängten“ populistisch. Das AfD-Elektorat ist hinsichtlich seiner sozialen Verortung wenig homogen, es kommt aber überein in bestimmten „Gefühlslagen“⁴. Die AfD erscheint damit mehr als Projektionsfläche denn als programmatischer politischer Akteur. Ein interessantes Detail der Wahlanalysen ist:

In der Kohorte der Männer zwischen 25 und 59 Jahren die AfD die zweitstärkste Partei ist – genau in der Gruppe, die im Raum der Kirchen am schwächsten vertreten ist.⁵

Zwei Mobilisierungsthemen stechen hervor: der Themenkomplex „Flüchtlinge-Ausländer-Integration-Islam“ und „Sicherheit“. Die sogenannte Flüchtlingskrise ist so etwas wie ein „Trigger“⁶ für tieferliegende sozialstrukturelle Veränderungen.

Stehen diese Beobachtungen im politischen System für eine „Krise der Demokratie“ im Ganzen? Wenn wir uns zunächst auf die demokratischen Verfahren beschränken, so ist die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl gestiegen, von 71,5% 2013 auf 76,2%. Man entfernt sich also wieder von der „Zweidritteldemokratie“⁷, in der sich 30% der Bürgerinnen und Bürger aus den demokratischen Prozeduren und den dahinterstehenden Prozessen von Debatte, Meinungsbildung und Engagement verabschieden⁸. Was als politische Polarisierung oder Krise der Demokratie beschrieben wird, lässt sich durchaus auch als eine dringend notwendige Repolitisierung nach langer Zeit einer exekutiven Entkernung des Politischen⁹ verstehen. Um die grundlegenden Fragen der Gestaltung des Gemeinwesens wird wieder gestritten. Gegenwärtig zwar derart erbittert, dass wir uns fragen, ob sich der Streit überhaupt noch in den Bahnen demokratischer Prozeduren und des ihnen zugrundeliegenden „Code of Conduct“ bewegt, doch grundsätzlich gilt: Genau dieser Streit um normative Grundlagen und politische Gestaltung ist das Lebenselixier der demokratischen Ordnung.¹⁰ Das Politische ist zurückgekehrt

– und damit die Konfrontation. Konflikt ist der Normalfall der Demokratie. Es gibt kein dem Streit vorgelagertes selbst unstrittiges „Gemeinwohl“, das politisch nur aufgefunden und dann noch „umgesetzt“ werden müsste. Was dieses „Gemeinwohl“ als das demokratische „Allgemeine“ sein kann, lässt sich nur in Auseinandersetzungen ermitteln. Mit Blick auf demokratische Konflikte spricht man gegenwärtig häufig von „Aushandlungsprozessen“¹¹. Damit wird einerseits die prinzipielle wechselseitige Anerkennung der Verhandlungspartner¹² und andererseits die Bedeutung eines die Aushandlungen anleitenden und rahmenden rechtsstaatlichen Regelwerks betont. In demokratischen Aushandlungsprozessen werden allerdings nicht einfach feststehende und unveränderliche Präferenzen (oder „Interessen“) von Individuen oder Gruppen zur Geltung kommen. Nicht wenige politische Akteure handeln entgegen der ihnen von außen zugeschriebenen (etwa ökonomisch motivierten) Interessen – wie ein Blick auf das sozialpolitische Programm der AfD lehrt. Präferenzen der verschiedenen Individuen und Gruppen beeinflussen und verändern sich in Aushandlungsprozessen. Erst im Rahmen dieser Prozesse bildet sich ein demokratisch Allgemeines und Gemeinsames.

Die Grenzen legitimer Positionen in demokratischen Aushandlungsprozessen liegen dort, wo dem Aushandlungspartner prinzipiell die Gleichwertigkeit abgesprochen wird: im Falle eines manifesten Rassismus oder dort, wo Aushandlungsregeln unterlaufen werden, wie im Falle von Gewaltanwendung. Aber auch diese Grenzbestimmungen sind nicht selten umstritten – und die Versuchung, unliebsame Positionen aus dem Spektrum des diskursiv Akzeptablen zu exkludieren, wird immer im Raum stehen. Restriktionen der Auseinandersetzung sind oft mit einem Anspruch verbunden, der durch politische Rhetorik unterbaut wird: Wenn die einen für „Weltoffenheit“ plädieren, sind die anderen die Partei der „Abschottung“. Dies sind nur zwei Beispiele für Mobilisierungsbegriffe, die Exklusionsdynamiken in Gang setzen können.

Die politische Sprache des Konflikts ist selbst zum Gegenstand des Konflikts geworden

Dies gilt umso mehr, weil politische Konfrontation – und damit auch der politische Wettbewerb – entlang von Themenstellungen verläuft, die wir uns nicht aussuchen können und mitunter lieber vermeiden möchten. Fragen von Zuwanderung, kulturellen Identitäten und Integration sind nicht erst seit 2015, seitdem aber in wachsendem Ausmaß die entscheidende gesellschaftliche Bruchlinie („Cleavage“)¹³, an der entlang der politische Konflikt ausgetragen wird. Der Gegensatz zwischen kosmopolitisch-universalistischen Positionen einerseits und partikularistischen, auf den national verfass-



ten Sozialstaat und national oder territorial gefasste kulturelle Identitäten bezogenen Positionen bestimmt den politischen Wettbewerb.¹⁴ Der englische Publizist David Goodhart spricht plakativ von der gesellschaftlichen Spaltung zwischen den „Somewheres“ und den „Anywheres“, da die einen lokal verankert und in zunehmend prekäre und rapide erodierende Solidaritätskulturen eingebunden sind, während die anderen gut ausgebildet, mobil und polyglott sind – hier die „Globalisierungsgewinner“, dort die „Globalisierungsverlierer“.¹⁵ In dieser sozialen Spannung sind politische Programme attraktiv, die kulturelle „Identitäten“ adressieren, etwa in Form einer „Leitkultur“, die nicht mehr in erster Linie das Recht auf Differenz für ethnische Minderheiten betont, sondern das Recht einer „Mehrheit“ einfordert.¹⁶

In diesen Konfliktlinien liegt ein Anknüpfungspunkt für populistische Politikmuster. Daher kann die Reaktion auf gesellschaftliche Polarisierung nicht nur und nicht einmal in erster Linie in Grenzziehungen liegen. So wichtig Abgrenzungen gegen Gewalt, Rassismus und politischen Extremismus sind, diese Abgrenzungen betreffen in erster Linie die „Angebotsseite“ des Politischen. Was aber ist mit der politischen „Nachfrageseite“?¹⁷ Sicherlich bedarf es sorgfältiger Überlegungen, wie demokratische Akteure, und damit auch die Kirchen, extremistischen Inszenierungen des Politischen entgegenreten können, mit wem man wann und unter welchen Umständen sprechen sollte und mit wem nicht. Doch wenn man sich darauf konzentriert, übersieht man die Aufgabe, zu verstehen, warum populistische Politik für Wählerinnen und Wähler attraktiv ist. An dieser Stelle kommt den Kirchen als politischen Akteuren, und mit ihnen besonders auch den kirchlichen Werken und Verbänden, eine wichtige Rolle zu.

(40-42), S. 4–11. URL: <http://www.bpb.de/apuz/234693/repraesentation-in-der-krise>; und Merkel, W. (2015): Demokratie und Krise. Springer VS, Wiesbaden.

⁸ Bei den Landtagswahlen sieht es allerdings deutlich anders aus, hier war Brandenburg mit der Landtagswahl des Jahres 2014 mit einer Wahlbeteiligung von 47,9% am unteren Ende.

⁹ Vgl. Wöhl, S. (2016): Demokratie in Zeiten multipler Krisen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 66 (40-42), S. 42–46. URL: <http://www.bpb.de/apuz/234693/repraesentation-in-der-krise>.

¹⁰ Das Konzept einer „agonalen“, von Differenz bestimmten Demokratie wird seit vielen Jahren von C. Mouffe vertreten. Vgl. etwa C. Mouffe/Barth, R. (2014): Agonistik. Suhrkamp, Berlin.

¹¹ Der Terminus bestimmt besonders die sog. „deliberativen“ Konzepte von Demokratie, vgl. etwa Schmidt, M. G. (2010): Demokratietheorien. Wiesbaden, S. 236–253.

¹² Die empirische Policy-Forschung thematisiert allerdings die unweigerlich asymmetrischen Verhandlungspositionen, die auf unterschiedliche Machtressourcen beruhen. Zur „Machtres-



sourcentheorie“ vgl. etwa Ebbinghaus, B. (2015): Machtressourcentheorie und Korporatismusansatz. In: Wenzelburger, G./Zohlnhöfer, R. (Hrsg.): Handbuch Policy-Forschung. Wiesbaden, S. 54–79.

¹³ Das aus der Wahlforschung stammende Konzept der „Cleavages“ mit Bezug auf Lipset, S. M./Rokkan, S. (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In: Lipset, S. M./Rokkan, S. (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. New York, S. 1–64. Aktuell bei: Kriesi, H. (2012): Political conflict in Western Europe. Cambridge.

¹⁴ Merkel, W. (2016): Bruchlinien. Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie, in: WZB Mitteilungen 154, S. 11–14. URL: <https://www.wzb.eu/publications/wzb-mitteilungen/nr-154-offen-abgeschottet>.

¹⁵ Dazu vgl.: Goodhart, D. (2017): The road to somewhere. London; Goodhart, D. (2015): „Postliberalismus“ oder ein Plädoyer für einen populären Liberalismus.

II. Die Rolle der Kirchen zwischen „Konsens und Konflikt“

Wie nur wenige Akteure im gesellschaftlichen Raum sind die Kirchen, flächendeckend an der sozialen Basis verankert. In ihren verschiedenen institutionellen Gestalten, ihren diversen und Arbeits- und Partizipationsformen sind die Kirchen, trotz abnehmender Mitgliederzahlen, auf allen Ebenen der politischen Ordnung präsent (als verfasste Kirche, als Diakonie, in einer Vielzahl weiterer Werke und Verbände, durch umfassendes ehrenamtliches Engagement, Einbindung in sozialstaatliche Arrangements, in Bildungsangeboten und Lebensbegleitung). Dies macht ihre politische Relevanz aus. Entscheidend ist die sozialräumliche Verankerung der kirchlichen Einrichtungen – alle anderen Präsenzformen sind davon abgeleitet. Eine sozial mehr und mehr entbettete Kirche wäre trotz stabiler religionsverfassungsrechtlicher Arrangements kaum noch ein politisch relevanter Akteur: das individuell gelebte und das kirchlich verfasste sowie öffentlich präsente evangelische Christentum sind eng miteinander verknüpft, ja aufeinander angewiesen.¹⁸

Die Trias¹⁹ eines dreifach differenzierten Politikbegriffes kann hilfreich sein, um die Rolle der Kirchen in der politischen Arena genauer zu beschreiben. Folgt man der Differenzierung in *Polity* (Grundfragen der politischen Form), *Policy* (inhaltlich bestimmte Politiken) und *Politics* (Prozesse des politischen Wettbewerbs), dann ist festzustellen, dass die Kirchen in Debatten um die normativen Grundlagen des Gemeinwesens (*Polity*) be-

deutsam sind, was etwa besonders in Debatten um Anfang und Ende des Lebens deutlich wird. Auch in bestimmten Policyfragen wird die Stimme der Kirchen wahrgenommen, in Politikfeldern wie Sozialpolitik oder Entwicklungspolitik, bei Fragen von Nachhaltigkeit, Frieden und Rüstung. Wenn Kirchen allerdings als Akteure im Feld der Politics auftreten und als parteilich im Sinne des politischen Wettbewerbs auftreten, wird ihre Rolle vielfach kritisch bewertet.

Der Vorwurf, dass in der evangelischen Kirche ein „linksliberales Establishment“ den Ton angibt, ist nicht neu. Eine jüngst vorgelegte empirische Analyse der Verortung von der EKD-Denkschriften im politischen Spektrum kommt zu dem Schluss: „Die substanziellen Beiträge der EKD-Denkschriften zur öffentlichen Debatte in der deutschen Zivilgesellschaft liefern stets auch parteipolitische Positionierungen mit. Über alle Politikfelder hinweg betrachtet erfassen unsere Messungen eine EKD, die zwar nicht – wie manche ihrer Kritiker unterstellen – politisch ‚linksaußen‘ zu verorten ist, deren Nähe zur SPD und den Grünen im Links-Rechts-Kontinuum der deutschen Innenpolitik aber groß ist.“²⁰ Diese hier auf die Denkschriften bezogene Wahrnehmung dürfte auch für die Stellungnahmen zu den oben als entscheidend identifizierten Politikfeld von Zuwanderung, Identitäten, Integration gelten. Was von den Kirchen selbst als menschenrechtlich basierte und in der Mitte des Evangeliums verankerte „Advocacy“ für besonders schutzbedürftige Menschen gemeint ist, wird in der Wahrnehmung polarisierter politischer Öffentlichkeiten als

Parteilichkeit im politischen Prozess gewertet – und je nach Präferenz des Urteilenden begrüßt oder verworfen.

Unter den Bedingungen eines rapiden sozialen Wandels erscheinen die Kirchen als Wandlungsbeschleuniger. In den politischen Auseinandersetzungen haben kirchliche Stellungnahmen den Effekt einer Moralisierung des Politischen²¹ – und bewirken damit faktisch eine Entpolitisierung: um das, was moralisch eindeutig ist, muss und darf nicht mehr gestritten werden.

Dies gilt erst recht auch innerhalb der Kirchen: Eine starke Homogenisierung der Synoden hat dazu geführt, dass in entscheidenden Politikfeldern kaum innerkirchliche Debatten geführt werden. Das *Unbehagen an einer Aushöhlung des demokratischen Konflikts* ist auch innerhalb der Kirchen selbst spürbar.

Auf diese Problemstellungen bezieht sich ein im Spätsommer 2017 publizierter Text der Kammer für Öffentliche Verantwortung, auf den hier knapp eingegangen werden soll. „Konsens und Konflikt. Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland“²², so der Titel des Textes will programmatisch als „Impulspapier“ wahrgenommen werden. Der Text will Anstöße geben, bislang höchst unübersichtliche und uneindeutige Debatte-entlagen wahrzunehmen, zu beschreiben und zu verstehen. Der Text formuliert entschieden mehr Fragen als Antworten.

Innerhalb eines theologischen Rahmens, der durch eine Rechtfertigungstheologische Grundlegung am Anfang und eine ekklesiologische Selbstverpflichtung der Kirchen am Ende gezogen wird, erschließt der Text die demokratische Ordnung als ein Ensemble von Prozeduren, die unter den Bedingungen eines weiter steigenden gesellschaftlichen Pluralismus ein Zusammenleben in Differenz ermöglichen sollen. Dies können die demokratischen Verfahren allerdings nur erbringen, wenn sie eingebettet sind in ein Gefüge von kulturellen Ermöglichungsbedingungen, das heißt in „entgegenkommende Lebensformen“²³ – freilich ohne der Illusion gesellschaftlicher Homogenität zu verfallen. Besonderes Augenmerk widmet der Text dem heiklen Problem, wie eine Gesellschaft gleicher Freiheit auf die Wiederkehr von Fragen der Zugehörigkeit reagieren kann. Nicht von ungefähr ist Impuls 5. „Wer ist zugehörig?“ die Mitte und in gewisser Hinsicht auch inhaltliche Achse des Textes. Der menschenrechtliche Universalismus einer liberalen Ordnung bleibt mit den immer partikularen Funktionsbedingungen des Politischen auszutarieren. Nur umgrenzte politische Ordnungen sind überhaupt funktionsfähig. Sie sind nötig, ge-

rade um die vorpolitischen universalen und unteilbaren Menschenrechten zu politischer Wirksamkeit zu bringen. Diese „republikanische“ Dimension des Demokratiebegriffes ist in den jüngeren deutschen Debatten häufig übersehen worden. Gerade in der Perspektive der politischen Ethik ist hervorzuheben, dass die Frage nach der Funktionsfähigkeit der politischen Ordnung und dem umgrenzten Raum politischer Gestaltung keineswegs „unmoralisch“ ist. Gerade weil die Spannung zwischen den grenzüberschreitenden oder gar globalen Problemen und den nationalstaatlich begrenzten Bearbeitungsinstrumenten so drängend ist, behindert eine moralische Überdeterminierung des Politischen die Suche nach Lösungen eher als dass sie sie fördert. Vor allem dies bringt der Text in den gegenwärtigen Debatten zur Geltung. Auf eine soziale und politische Polarisierung kann das politische System und können auch die Kirchen nur mit *erhöhter Responsivität* angemessen reagieren.

III. Die Ambivalenz der Zivilgesellschaft

In repräsentativen Demokratien sind vor allem die politischen Verfahren das Politische. Wahlen, die über den Transmissionsriemen der politischen Parteien gesellschaftliche Präferenzen und Interessen bündeln, politische Mehrheiten organisieren und damit politische Entscheidungen und effektives Regieren ermöglichen sind sicher das wichtigste dieser Verfahren. Andere Arrangements, wie direktdemokratische Prozeduren, sind damit nicht ausgeschlossen. Aber repräsentative Verfahren sind nur funktionsfähig, wenn sie eingebettet²⁴ sind in eine politische Kultur, in einen nicht kodifizierten und gleichwohl unerlässlichen Horizont der Funktionsbedingungen der Demokratie. In Deutschland hat sich die demokratische Ordnung seit der Nachkriegszeit so erstaunlich robust und leistungsfähig gezeigt, mit Differenz umzugehen, dass kein Anlass zu Homogenitätsphantasien besteht. Die Frage nach einem verbindenden demokratischen Allgemeinen bleibt allerdings auf der Tagesordnung. Im Sommer 2018 war dies etwa der Subtext der Debatte um eine allgemeine Dienstpflicht.

Wo es um die Einbettung der Demokratie geht, kommen auch die Kirchen als politische Akteure in den Blick. Demokratie ist angewiesen auf leibhafte Praktiken und die Kopräsenz von Bürgerinnen und Bürgern – in Zeiten der Digitalisierung und Virtualisierung der Politischen mehr denn je. Hier liegt der Resonanzraum der politischen Kernprozesse, in dem Partizipation eingeübt wird. Dabei geht es nicht nur um „Vor“-Bedingungen demokratischer Partizipation, sondern auch um das, was Paul Nolte „postrepräsentative“ politische Praktiken einer „multiplen Demokratie“ genannt hat²⁵ – also Beteiligungsformen der Bürgergesellschaft, die umso wichtiger werden, je komplexer politische Entscheidungen werden und je mehr Menschen durch poli-

URL: library.fes.de/pdf-files/id/ipa/12384.pdf; Appadurai, A. (2009): *Die Geographie des Zorns*. Suhrkamp, Frankfurt am Main; Mishra, P. (2017): *Das Zeitalter des Zorns*. Frankfurt am Main; zur Deutung der Gegenwart als „Age of Insecurity“ vgl. aus US-Perspektive: Inglehart, R. (2018): *The Age of Insecurity*. In: *Foreign Affairs* 97 (3), S. 20–28.

¹⁶ Zum Versuch eines Ausgleichs zwischen Mehrheits- und Minderheitsrechten im Rahmen eines liberalen Konzepts vgl.: Orgad, L. (2017): *The cultural defense of nations*. Oxford; auch: <https://verfassungsblog.de/author/liav-orgad/>.

¹⁷ Diese Betonung der „Angebotsseite“ auch in einem viel beachteten Beitrag des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, A. Voßkuhle. Vgl.: Voßkuhle, A. (2017): Ein Populist ist ein Gegner der Demokratie, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (23.11.2017). URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundesverfassungsrichter-vosskuhle-und-sein-rezept-gegen-populismus-15304961.html>.

¹⁸ Vgl.: Anselm, R./Albrecht, C. (2017): *Öffentlicher Protestantismus*. Zürich.

¹⁹ Dazu etwa von Alemann, U. (1995), *Grundlagen der Politikwissenschaft*, Wiesbaden.

²⁰ Thieme, D./Liedhegener, A. (2015): „Linksaußen“, politische Mitte oder doch ganz anders? In: *PVS* 56 (2), S. 240–277, S. 270.

²¹ Kritisch dazu vgl.: Joas, H. (2016): *Kirche als Moralagentur?* München.

²² *Evangelische Kirche in Deutschland* (2017): *Konsens und Konflikt*. URL: <https://www.ekd.de/Konsens-und-Konflikt-Politik-braucht-Auseinandersetzung-27676.htm>.

²³ Vgl.: Habermas, J. (2009): *Treffen Hegels Einwände gegen Kant auch auf die Diskursethik zu?* In: *Diskursethik (Philosophische Texte, Studienausgabe*

in fünf Bänden/J. Habermas, 3), Frankfurt am Main, S. 116–140.

²⁴ W. Merkels Konzept der „eingebetteten Demokratie“ unterscheidet ökonomische Voraussetzungen/soziale Gerechtigkeit, Zivilgesellschaft, Staatlichkeit als Voraussetzungen und fünf demokratische Teilregime:
 1. Wahlregime;
 2. Politische Freiheiten;
 3. Bürgerliche Rechte;
 4. Horizontale Verantwortlichkeit; 5. Effektive Regierungsgewalt. Vgl.: Merkel, W. (2013): Vergleich politischer Systeme: Demokratien und Autokratien, In: Schmidt, M.G./Wolf, F./Wurster, S. (Hrsg.): Studienbuch Politikwissenschaft, Wiesbaden, S. 207–236, S. 220.

²⁵ Vgl.: Nolte, P. (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (1-2), S. 5–12. URL: www.bpb.de/system/files/pdf/XN1V9Q.pdf.

²⁶ Vgl.: Schmidt, M. G. (2010): Demokratietheorien. Wiesbaden, S. 244–245.

²⁷ Zivilgesellschaft hier in einem trisektoralen Gesellschaftsmodell als Gesamtheit der „intermediären Institutionen“ verstanden, die als freiwillige Assoziationen weder am Markt agieren, noch Teil staatlichen Handelns sind. Zur „dunklen Seite der Zivilgesellschaft“ vgl.: Geiges, L./Marg, S./Walter, F. (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Berlin/Bielefeld.

²⁸ So zuletzt im Bericht des Pew Research Centers „Being Christian in Western Europe“. Vgl.: Pew Research Center (2018): Being Christian in Western Europe. URL: <http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/11/2018/05/14165352/Being-Christian-in-Western-Europe-FOR-WEB1.pdf>.



tische Entscheidungen berührt werden. Keineswegs darf man dabei einer Beteiligungsromantik verfallen, Konzepte deliberativer Demokratie²⁶ kranken nach allem, was sich empirisch dazu sagen lässt, an einer ausgesprochen hohen sozialen Selektivität. Es sind in der Regel die gut ausgebildeten und materiell auskömmlich gestellten Bürgerinnen und Bürger, die sich beteiligen. Die „Repräsentationslücke“ lässt sich so kaum schließen. Auch zivilgesellschaftliche Gruppen sind keine Rettungsanker der Demokratie. Sie haben selbst keine demokratische Legitimation und agieren, wie man auch am Beispiel der Kirchen studieren kann, nicht selten als Interessengruppen mit starken organisationalen Eigeninteressen. Umso wichtiger sind gesellschaftliche Organisationen, Institutionen, Sozialformen mit hoher Inklusivität. Hier insbesondere sind und bleiben die Kirchen und die kirchlichen Werke und Verbände bedeutende Akteure.

Ein normativ aufgeladener Zivilgesellschaftsdiskurs, der davon absieht, dass mit Pegida und Co. nun auch die Ambivalenz der „Zivilgesellschaft“²⁷ auf der Hand liegt, ist kontraproduktiv. Nach manchem, was wir wissen, sind die Vorbehalte gegenüber forciertem sozialem Wandel auch in der Mitgliedschaft der evangelischen Kirche in erheblichem Maße ausgeprägt.²⁸

Trotzdem können kirchliche Werke und Verbände *Erkundungs- und Resonanzräume für demokratisches Engagement* sein – vielleicht sogar anders als die verfasste Kirche selbst, die in ihrer Form als staatsaffine Großorganisation in gewisser Hinsicht gefangen ist. In den Rahmen dieser Rolle der Werke und Verbände als Resonanzraum gehört auch, dass sie der Kirche und dem politischen System ein kritisches Gegenüber sein können, dass in ihnen die Lust am Streit und Ermutigung zur Auseinandersetzung gepflegt wird. Sie sind Akteure demokratischer Responsivität – und genau diese wird in Zeiten der Polarisierung mehr gebraucht als alles andere.

» **schwerpunkt – Zivilgesellschaft braucht Streitkultur**

Christian Boeser-Schnebel, Ruth Jachertz

Wir brauchen mehr Streit. Argumentationstraining gegen Politikerverdrossenheit
Im Gespräch: Christian Boeser-Schnebel (Universität Augsburg) und Ruth Jachertz
(Bayrischer Volkshochschulverband)..... 14

Streit, also das offene Austragen von Meinungsverschiedenheiten, ist für unsere Demokratie unverzichtbar. Streit hingegen, der feindselig wird, verletzt die demokratische Wertebasis und bedroht unsere Demokratie. Wie können wir lernen, ohne Feindseligkeit zu streiten? Welche Potentiale hat hierbei insbesondere die Erwachsenenbildung? Im Gespräch darüber sind Dr. Christian Boeser-Schnebel von der Universität Augsburg und Ruth Jachertz vom Bayrischen Volkshochschulverband.

Roger Mielke

Resonanzraum der Demokratie – Evangelische Kirche, Werke und Verbände in
Zeiten der Polarisierung 18

Hinter der Diagnose einer „Krise der Demokratie“ und den Phänomenen politischer Polarisierung stehen tiefliegende soziale Wandelungsprozesse, die gegenwärtig vor allem über populistische Politikmuster angesprochen werden. Aber auch die Kirchen und ihre Werke und Verbände sollten Resonanzräume der Demokratie sein, in denen vielstimmige und inklusive Debatten geführt werden können. Die Demokratie lebt von der Auseinandersetzung um politische Grundfragen.

Traugott Jähnichen

Die Digitale Transformation zivilgesellschaftlicher Kommunikation –
Theologisch-sozialethische Perspektiven 23

Die Digitalisierung verändert grundlegend zivilgesellschaftliche Kommunikationsformate. Der Trend zur Emotionalisierung und Skandalisierung mit den „Nebenfolgen“ von „Fake news“ und „hate speech“ fordert zu einer Ethik der Kommunikation heraus. Kirchliche Akteure müssen neben den Standards der Sachlichkeit und Glaubwürdigkeit vor allem der Achtung der „Ehre“ des Nächsten Nachdruck verleihen.

Malte Ebner von Eschenbach

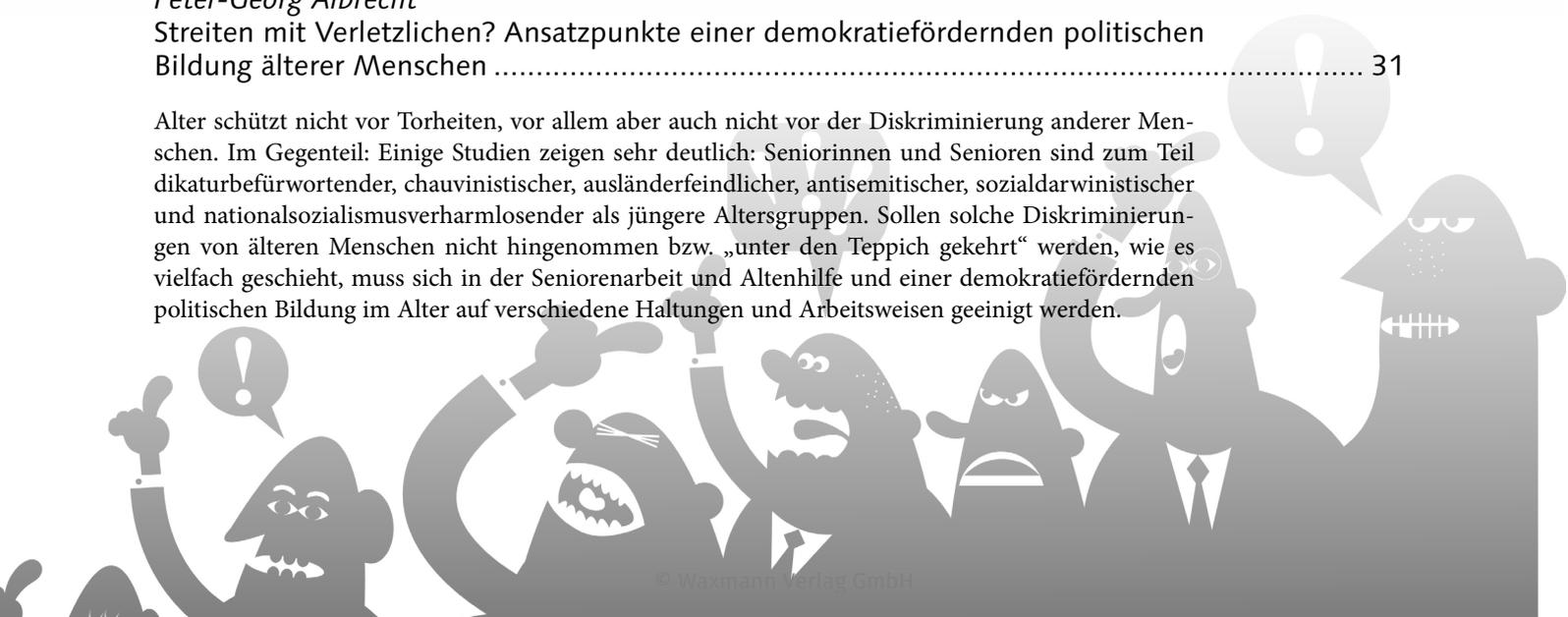
Die gesellschaftliche Dimension wissenschaftlicher Erkenntnispraxis
Überlegungen zur epistemischen Verantwortung in der Erwachsenenbildungswissenschaft 27

Wissenschaftliche Erkenntnispraxis ist keineswegs eine Tätigkeit aus dem sogenannten Elfenbeinturm heraus. Sie besitzt eine gesellschaftliche Dimension, weil sie historisch, politisch, sozial eingebunden ist. Ihre gesellschaftliche Verflochtenheit macht sie sozial wirksam, gleichzeitig ist sie auch anfällig für Instrumentalisierung, wofür der Beitrag sensibilisieren möchte.

Peter-Georg Albrecht

Streiten mit Verletzlichen? Ansatzpunkte einer demokratiefördernden politischen
Bildung älterer Menschen 31

Alter schützt nicht vor Torheiten, vor allem aber auch nicht vor der Diskriminierung anderer Menschen. Im Gegenteil: Einige Studien zeigen sehr deutlich: Seniorinnen und Senioren sind zum Teil dikaturbefürwortender, chauvinistischer, ausländerfeindlicher, antisemitischer, sozialdarwinistischer und nationalsozialismusverharmlosender als jüngere Altersgruppen. Sollen solche Diskriminierungen von älteren Menschen nicht hingenommen bzw. „unter den Teppich gekehrt“ werden, wie es vielfach geschieht, muss sich in der Seniorenarbeit und Altenhilfe und einer demokratiefördernden politischen Bildung im Alter auf verschiedene Haltungen und Arbeitsweisen geeinigt werden.



» **editorial**

Steffen Kleint
Liebe Leserinnen und Leser, 3

» **aus der praxis**

Olaf Dörner, Christoph Damm
Politische Erwachsenenbildung im „Demokratielabor“. Impuls für eine Streitkultur
als Form der rationalen Selbstvergewisserung 6

Petra Schickert, Susanne Feustel
Politische Streitkultur in Quartieren und Gemeinden entwickeln – Kirche
und Zivilgesellschaft gemeinsam 8

Annegret Zander
Route55plus – selbstorganisierte Bildungsarbeit
im ländlichen Hessen 10

Stefan Sigel-Schönig
Wie Kitas, Gemeinden und Erwachsenenbildungswerke gendersensible
Elternbildung initiieren können 12

» **nicht vergessen!**

Petra Herre
Zivilgesellschaft – mehr als ein Sympathiebegriff 35

» **einblicke**

Kristina Herbst
#digitaleZivilgesellschaft – Mit Hoffnung ins Netz 36

Martina Wasserloos-Strunk
Wo die Kultur beim Streiten ein Ende hat 40

Sonja Böhm, Henrik Wolf
Netzgefahren – Vorsicht Liebesbetrug! 42

» **service**

Filmtipps 44

Publikationen 45

Veranstaltungstipps 50

Impressum 54



Mehr **forum erwachsenenbildung**?

Hat dieser Artikel Ihnen gefallen?

Wenn Sie regelmäßig über Bildung im Lebenslauf aus wissenschaftlicher, praxisnaher, bildungspolitischer und evangelischer Perspektive informiert werden möchten, abonnieren Sie **forum erwachsenenbildung**:

Abo bestellen Print oder online

(öffnet eine E-Mail-Vorlage an order@waxmann.com)

- Print:** 4 Ausgaben pro Jahr, Jahresabo 25,- € zzgl. Versandkosten, inkl. Online-Zugang (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)
- Online:** 4 Ausgaben pro Jahr (PDF), Jahresabo 20,- € (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)



www.waxmann.com/forumerwachsenenbildung

DEAE WAXMANN